№ 223
B 110
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 10. Mai 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m Ausn d Handelsteile): Carl Misch Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 6600—6663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2656—2695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Aussprache in Chequers.

Macdonalds wichtigste Aufgaben.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 10. Mai.

Die nächste Woche dürfte für die politische Zukunft des Kabinetts Ramsay Macdonald von entscheidender Bedeutung werden. Am Dienstag wird das Unterhaus über den Mißtrauensantrag der Konservativen abstimmen, den diese Partei wegen der endgültigen Abschaffung der Schutzzölle am 1. August eingebracht hat. Es wird allgemein angenommen, daß die Regierung, wenn auch mit knapper Mehrheit — da einige Lloyd-George-Liberale und einige Gewerkschaftsführer der Arbeiterpartei gegen die Abschaffung der Zölle stimmen werden —, den Sieg davontragen wird. So wird die innerpolitische Lage bis auf weiteres — d. h. bis zur nächsten Krisenerscheinung, die wahrscheinlich durch das Gesetz über die Mietzuschläge oder durch die Ungufriedenheit der radikalen Elemente der Arbeiterpartei über die noch immer unzureichende Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen hervorgerufen werden dürfte — geklärt sein, so daß Ramsay Macdonald versuchen kann, die beiden politischen Probleme erster Ordnung, die Reparationsfrage und die Regelung des Verhältnisses zu Rußland durch tatkräftige Schritte einer Lösung erheblich näher zu bringen.

Poincaré wird, wenn er nach England reist, die französischen Wahlen hinter sich haben, und sich darüber im klaren sein, ob er für seinen innen- und außenpolitischen Kurs auch weiterhin auf eine Mehrheit in der Kammer rechnen darf oder nicht. Er wird aber auch schon im Besitz eines Memorandums sein, das von den englischen Finanz- und Wirtschaftssachverständigen ausgearbeitet und in dem die englische Regierung noch einmal ausführlich ihre Auffassungen über die Regelung der Reparationsfragen und vor allem über die politischen Lösungsmöglichkeiten darlegen wird. Macdonald hat Poincaré gebeten, nach London zu kommen, weil er selbst wegen der nicht sehr stabilen parlamentarischen Verhältnisse nur ungern London verlassen würde. Eine Begegnung Chequers könnte auch in größerer Abgeschlossenheit erfolgen. Die Besprechungen dort wären gegen Indiskretionen mehr gesichert.

Interessant ist, daß die Presse einen engen Zusammenhang zwischen den französisch-englischen Verhandlungen über die Reparationsfragen und der englisch-russischen Konferenz sowie dem diplomatischen Konflikt zwischen Deutschland und Rußland herstellt. Es zeige sich immer deutlicher, daß die englisch-russische Konferenz kein positives Ergebnis haben werde, und das schaffe in Paris eine freundlichere Stimmung gegenüber England. Die englische Arbeiterregierung werde von politisch einflußreichen Finanzkreisen in Paris nicht mehr mit der Schärfe, wie dies im Februar üblich war, als Schrittmacher und Bundesgenosse des Bolschewismus angegriffen, und man sehe in Frankreich ein, daß Ramsay Macdonald bei der sachlichen Vertretung der englischen Interessen gegenüber den russischen Unterhändlern auf dieselben technischen und politischen Schwierigkeiten stoße wie Lloyd George und Lord Curzon. Die Russen wollen möglichst umfangreiche wirtschaftliche Vorteile für sich herausschlagen, ohne wirksame Rechtsgarantien zu geben für die Freiheit und Unverletzlichkeit des Besitzes und der eigentumsrechtlichen Transaktionen. Sie sind auch abgeneigt, auf ihre außenpolitische und agitatorische Betätigung zu verzichten. Dem Imperialismus des Sowjetstaates in Asien und dem zerfressenden Einfluß der kommunistischen 3. Internationale innerhalb der Arbeiterbewegung der westeuropäischen Länder sollen keinerlei Schranken gezogen werden. Ramsay Macdonald, der in seiner eigenen, sehr ungleichmäßig zusammengesetzten Partei andauernd den jede Disziplin lockernden Einfluß von Moskau spürt — einen ungünstigen Einfluß, der seit der Ankunft der russischen Delegation stärker geworden ist —, dürfte auch aus eigener Erkenntnis ohne irgendwelchen Druck von außen geneigt sein, den Russen klarzumachen, daß der schleppende Gang der Verhandlungen für die englische Regierung und die öffentliche Meinung eine äußerst unangenehme und schwer zu ertragende Geduldsprobe darstelle. Das nachdrückliche Auftreten der deutschen Behörden gegen gewisse Ueberschreitungen der diplomatischen Vorrechte seitens der russischen Handelsdelegation in Berlin habe auch in Paris den Eindruck bestärkt, daß man auf deutscher Seite keineswegs geneigt sei, als ein willenloses Objekt der russischen Politik betrachtet zu werden. Eine solche Auffassung in einflußreichen französischen politischen Kreisen sei aber geneigt, die übertriebenen Vorstellungen von einer deutsch-russischen Gefahr zu vermindern. Die direkte oder indirekte Bekämpfung der französischen Angstpsychose sei aber ein Faktor, der zur Erleichterung einer interalliierten und einer zwischen Deutschland und den Alliierten herbeizuführenden Einigung über die Lösung der Reparationsfrage beitrage.

Vollkonferenz der europäischen Mächte?

London, 10. Mai. (W. T. B.)

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" schreibt, die Konferenz zwischen Macdonald und Poincaré in Chequers am 20. Mai sei nur das Vorspiel für eine Vollkonferenz der europäischen Mächte, die zweifellos in England stattfinden werde. Der Pariser Berichterstatter des Blattes meldet, in Paris hoffe man, daß die Erörterung zwischen Macdonald und Poincaré eine Grundlage für eine allgemeine, Mitte Juni stattfindende Konferenz schaffen werde. Die französische Haltung auf der Konferenz in Chequers werde, wie verlautet, sich auf folgende Hauptgrundsätze stützen:

1. Der Dawesbericht muß so bald wie möglich unversehrt zur Anwendung gebracht werden.
2. Deutschland muß die erforderlichen Gesetze annehmen und den Plan zur Durchführung bringen, bevor die französisch-belgische Verwaltung und Kontrolle übergeben werden kann.
3. Die Beendigung der französisch-belgischen Regierverwaltung im Ruhrgebiet bedeutet nicht eine militärische Räumung, die nur entsprechend den tatsächlichen deutschen Zahlungen durchgeführt werden wird.
4. Die Räumung des Rheinlandes hängt nicht nur von den jährlichen Reparationszahlungen ab, sondern auch von der militärischen Entwaffnung Deutschlands, die eine sehr dringende Frage bleibt.

Morgenstunden eines Königs

Einen seltsamen Vortrag hat sich Wilhelm II. jüngst halten lassen. Ein Freiherr von Massenbach hatte in einer alten Familientruhe Schriftstücke gefunden, die von Friedrich dem Großen herrühren sollen. Der Kaiser bestätigte, daß das Papier, auf dem die Gedanken des Verfassers niedergelegt sind, aus einer Fabrik des Philosophen von Sanssouci stammt, und ließ sich den Inhalt der Abhandlungen vorlesen. Es sind vornehmlich „Morgenstunden eines Königs an seinen Bruder Sohn", die angeblich Friedrich II. 1767 für seinen Neffen aufgezeichnet hat.

„Die erste Morgenstunde" trägt die Ueberschrift „Von dem Ursprunge unseres Hauses". Der Kaiser wird sie nicht sonderlich vergnügt genossen haben. Denn die größeren Reiche werden ziemlich unumwunden auf Raub zurückgeführt. „Auch wir sind, mein Prinz, in dem selben Fall; denn alles, was wir sind, und unsere ganze Größe, sind wir diesen Räubern schuldig. Ihr werdet roth, und noch vergebe ich es euch; aber höret einmahl auf euch so kindisch zu stellen." Der erste Hohenzoller mit einiger Souveränität sei Tassilo gewesen, der 13. wurde Burggraf von Nürnberg, der 37. König. „Unser Hauß," so heißt es weiter, „hat, wie viele andere, seine Achilles, seine Cicerones, seine Nestors, seine Blödsinnige und seine Taugenichtse aufzuweisen. Wir finden in demselbigen gelehrte, böse Frauen, wilde Frauen, Stiefmütter, und das ich es nicht vergesse, viele galante, gefällige Frauens."

„Seit Tassilon bis zu dem großen Churfürsten, haben wir kaum gelebet. . . . Endlich anno 1701 (dies ist gar nicht lange) setzte die Eitelteit und der Ehrgeitz meinem Großvater eine Crone auf das Haupt. . . . Sehen wir auf die Tugenden und Heldenthaten unserer Vorfahren, so werden wir sehr leicht überzeugt, daß unser Hauß diesen Tugenden und großen Thaten seine Größe nicht zu verdanken hat. Die Führung des größten Theils der Fürsten aus diesem Hause ist so übel wie möglich gewesen. . . . Ich muß euch überdem versichern, daß der erstere, der sich unsere Krone auf das Haupt gesetzt hat, einer der eitelsten und blödsinnigsten Herren gewesen, und dabey einen sehr ungestalten und putlichten Körper gehabt hat. Ich sehe es sehr wohl ein, mein liebster Neveu, daß meine Nachrichten von dem ersten Ursprunge unseres Hauses euch in nicht geringe Verlegenheit setzen. . . . Es bleibt also dabey, daß wir zwar seit langer Zeit als gute Edelleute, aber auch nur als Edelleute gebohren."

Diese „erste Morgenstunde" stimmt in der Tendenz vollkommen mit Friedrichs „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg" vom Jahre 1751 überein, die jetzt den ersten Band seiner Werke bilden. Da schilt er auf einen Geschichtschreiber, der statt einer Sachdarstellung einen Panegyrikus geliefert habe, nennt ebenfalls Tassilo den ersten Hohenzollern, die die Geschichte kenne, behandelt die Nachfolger als Nullen, schilt auf den Kurfürsten Georg Wilhelm als einen Jämmerling, der fortwährend schwankte, feiert den Großen Kurfürsten und bricht unbarmherzig den Stab über dessen Sohn, den ersten König. Was alles er über diesen, seinen Großvater, schreibt, den „ungestalten und putlichten" Lüstling, den prunksüchtigen Verschwender, der seine Landeskinder als Kanonenfutter an fremde Herrscher verkaufte, das in den kurzen Morgenstunden zu unterdrücken, wird ihm schwer geworden sein. Immerhin sind schon die knappen Andeutungen für Wilhelm II. schwerlich eine Ohrenweide gewesen. Indessen hüllte er sich in Schweigen.

Die folgenden Morgenstunden sind mancherlei Predigten gewidmet, die sich gegen die Religion richten; sie sei für die Untertanen nötig, für den Monarchen verkehrt. „Sobald man Gott fürchtet oder vielmehr sich für die Hölle scheut, wird man ein Capuziner." Denkt man bei Verträgen mit einer anderen Macht daran, daß wir Christen sind, „so ist alles verlohren." Im übrigen habe der Monarch „den Fanatismum von seinen Staaten zu entfernen" und die größte Gleichgültigkeit gegenüber der Religion zu bezeugen. „Bemühet euch also nun, mein Prinz, ein Philosoph zu seyn. Ihr werdet den Vortheil davon haben, daß in eurem ganzen Königreiche keine wichtige Religionszwistigkeiten sein werden."

Von ergötzlichem Zynismus sind die Betrachtungen über die Politik. „Sobald die Menschen unter sich eins geworden waren, daß seine Nebenmenschen zu betrügen, die allerniederträchtigste und lasterhafteste Handlung wäre; so gab man sich alle Mühe, einen Ausdruck zu erfinden, der diese Sache nicht so verhaßt vorstellte. Man wählte das Wort Politique oder Staatsklugheit als das Zuträglichste. Dieses Wort aber geht ohnfehlbar nur Souveraine und regierende Herren an. Denn wer sollte sich wohl unterstehen uns für Betrüger oder für Schelme zu halten? . . . Ich verbiete, mein lieber Neveu, unter dem Worte Politik, die äußerste Bemühung die man sich giebt, andere Leute zu hintergehen." . . . „Schämet euch nicht, Alliancen zu machen in der Absicht, vor euch alleine allen Vortheil daraus zu ziehen." Ueber seine Ansprüche auf Gebiete wolle er sich nicht äußern. Dazu seien seine Gelehrten da. Auch mit dem Wort Gleichgewicht sei es nichts. Man dürfe nur nicht

Auflösung des Reichsministeriums für Wiederaufbau.

Zum 11. Mai.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Mai wird das Reichsministerium für Wiederaufbau zum 11. Mai aufgelöst. Die Geschäfte übernimmt vom 12. Mai an der Reichsminister der Finanzen. Die kolonialen Angelegenheiten sind bereits am 1. April 1924 auf das Auswärtige Amt übergegangen. Aus diesem Anlaß tritt der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für Wiederaufbau beauftragte Staatssekretär Dr. Gustav Müller in den einstweiligen Ruhestand.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau ist seit dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann nicht mehr besetzt gewesen.

Staatssekretär Dr. Gustav Müller stand seit 1895 im Reichsdienst, gehörte viele Jahre der Wirtschaftlichen Abteilung des Reichsamts des Innern an und hat vor allem regen Anteil an der Ausarbeitung des Zolltarifs und der Handelsverträge genommen. Er wurde 1902 Vortragender Rat und einige Jahre später Dirigent und Direktor der Handels- und Wirtschaftspolitischen Abteilung des Reichsamts des Innern. Während der Kriegswirtschaft spielte Müller ebenfalls in dieser Eigenschaft eine bedeutende Rolle. Nach dem Kriege übernahm er die Handelspolitische Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums und wurde 1919 als Staatssekretär in das Wiederaufbauministerium berufen.

Der kommunistische Universitäts-Professor.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

w **Jena**, 10. Mai.

Professor Dr. Korsch, der frühere thüringische Justizminister, eine der Hauptkräfte der Kommunistischen Partei Deutschlands in Thüringen, wollte gestern seine Vorlesungen an der Universität Jena wieder aufnehmen. Da aber sowohl die Universitätsbehörde, als auch die thüringische Regierung die Auffassung vertraten, daß die akademische Lehrbefugnis des Herrn Korsch erloschen sei, wurde er am Betreten des Universitätsgebäudes dadurch gehindert, daß die Türen vor ihm zugeschlossen wurden. Da Dr. Korsch trotz Protestes keinen Einlaß finden konnte, forderte er die in seiner Begleitung befindlichen Kollegbesucher und sonstigen Getreuen, unter denen sich natürlich auch Neugierige befanden, auf, ihm nach dem Volkshause zu folgen, wo er dann im Schäfersaal eine Vorlesung hielt, die eigentlich ein politischer Vortrag war. Wie mitgeteilt wird, soll Korsch dabei auch das Zugeständnis gemacht haben, daß die Kommunisten im vorigen Herbst nur deshalb in die thüringische Regierung eingetreten seien, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Republik zu stürzen und die Räterepublik mit der Diktatur des Proletariats an ihre Stelle zu setzen.